Nebraer Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Erscheint
Mittwoch und Sonnabend.
Abonnementspreis
vierteljährlich 1,05 Mk. pränumerando, durch die Post oder andere Boten 1,20 Mk., durch die Briefträger frei ins Haus 1,45 Mk.

Gratisbeilagen:
Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirtschaftliche Beilage.

Insertionspreis
für die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., bei Privatanzeigen 10 Pfg. Reklamen pro Zeile 25 Pfg.
Inserate
werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

Amtliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.

Nr. 23. | Nebra, Mittwoch, den 22. März 1911. | 24. Jahrgang.

Die Schiedsgerichtsidee.

Auf einem Festmahl, das die internationale Schiedsgerichtsliga in London veranstaltete, hielt der Staatssekretär des Äußeren, Grey, der kürzlich im Parlament lebhaft für die Erweiterung der Schiedsgerichtsbarkeit eingetreten ist, eine Rede, in der er etwa folgendes ausführte: „Ich bemerke, daß einige Worte, die ich neulich geäußert habe, so ausgelegt worden sind, als ob ich behauptet hätte, daß ein allgemeiner Schiedsgerichtsvertrag zwischen zwei großen Nationen gleichbedeutend mit einem

Verteidigungsbündnis

zwischen ihnen sei. Wenn ein allgemeiner Schiedsgerichtsvertrag zwischen zwei großen Nationen abgeschlossen und feste Wurzeln in dem Empfinden der Bevölkerung beider Länder schlagen würde, dann aber eines von beiden im Laufe der Zeit infolge eines Streites mit einer dritten Macht angegriffen werden sollte, in welchem Streite dieser dritten Macht eine schiedsgerichtliche Entscheidung vorgeschlagen und von ihr abgelehnt worden wäre, so würde meiner Ansicht nach sicherlich eine starke Sympathie zwischen den beiden Mächten bestehen, die den allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag miteinander abgeschlossen haben. Aber das ist eine Angelegenheit, die von der

öffentlichen Meinung

abhängt. Die Bedingung oder Bestimmung eines Defensivbündnisses aber in einen Schiedsgerichtsvertrag einfügen, hieße seine Aussichten hier und anderswo verschlechtern. Es könnte sogar andre Länder zu der Annahme verleiten, daß der Vertrag zwischen den beiden Mächten gegen eine oder mehrere der andern Mächte gerichtet sei. Das würde seine Wirkung auf eine Verminderung der allgemeinen Rüstungen vollständig vernichten. Wenn ein Schiedsgerichtsvertrag zwischen großen Ländern geschlossen wird nach den Grundlinien, wie sie der Präsident der Ver. Staaten als möglich entworfen, so lassen Sie ihn von den beiden beteiligten Mächten ohne Hintergedanken abschließen, aber lassen Sie die Mächte

keine engen Grenzen

setzen für ihre Hoffnung auf die wohltätigen Folgen, die sich aus dem Vertrage im Laufe der Zeit ergeben können. Folgen, die sich, wie ich denke, weit über die beiden ursprünglich in Betracht kommenden Länder hinaus ausdehnen müssen. Die Wirkung des gesetzten Beispiels auf die ganze Welt würde unbedingt wohltätige Folgen haben müssen. Ein gutes Beispiel zu setzen, heißt hoffen, daß andre ihm folgen werden, und wenn andre Großmächte folgen, so wird es schließlich etwas wie eine Friedensliga geben. Diese Dinge müssen sich jedoch ihren Weg durch ihr eignes Gewicht bahnen. Ich möchte aber die Idee des Präsidenten Taft nicht beschweren durch zu vieles Grübeln darüber, was alles aus ihr entstehen könnte." Zum Schluß äußerte sich der Minister zu der sogenannten

Londoner Deklaration

(der Erklärung Englands, daß es grundsätzlich bereit sei, eine Beschränkung seiner Rüstungen vorzunehmen). Er bestritt, daß diese in England viel angefeindete Erklärung in Deutschland gemacht sei. Deutschland sei nicht besonders an ihr interessiert. Alle Länder wünschten aber in gleicher Weise, sie zu unterzeichnen. Wenn die englischen Parlamente ihr nicht zustimmen sollten, so würde das für die andern Vertragsmächte, die sie als einen entschiedenen Schritt nach vorwärts betrachteten, eine große Enttäuschung sein. — Auch diese Worte des englischen Ministers zeigen wieder, daß man in London ernstlich gewillt ist, Verhandlungen über die Rüstungsbeschränkungen unter den Mächten anzubahnen.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag setzte am Freitag die Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern fort. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Präsident Graf Schwerin der vor 50 Jahren erfolgten Einigung Italiens. Das deutsche Volk werde an diesem Tage lebhaften Anteil nehmen. (Beifall. Die Abgeordneten erhoben sich von ihren Plätzen.) — Das Haus setzte sodann die Beratung des Titels „Allgemeine Fonds" fort. Abg. Severing (soz.) widersprach der Gewährung eines Beitrages an den Verband für Arbeitsnachweise. Abg. Giesberts (Ztr.) bedauerte die Ausbreitung dieser Arbeitgebernachweise. Abg. Heck (soz.) forderte die Errichtung eines Reichsschulmuseums. — Beim Kapitel „Schiffsvermessungsamt" forderte Abg. Metzger (soz.) staatliche Kontrolle der Seetüchtigkeit der Schiffe an Stelle der privaten. Bei der Firma Sloman seien veraltete Schiffe in Dienst gestellt worden und untergegangen. Ministerialdirektor v. Jonquières erklärte, daß Seeunfälle sich nicht verhindern ließen und protestierte gegen die die Ehre der Kauffahrteischiffahrt herabsetzenden Ausführungen des Vorredners. Beim Kapitel „Statistisches Amt" wurde nach kurzer Debatte die Weiterberatung vertagt. Der Präsident teilte am Schluß der Sitzung mit, daß ein Danktelegramm des Präsidenten der italienischen Deputiertenkammer eingegangen sei.

Am 18. d. Mts. wird die Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern beim Kapitel „Gesundheitsamt" fortgesetzt. Eine Resolution der Budgetkommission wünscht Förderung der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche. Resolutionen des Zentrums fordern Gebührenfreiheit und Übernahme der Untersuchungskosten durch die Bundesstaaten bei der Fleischbeschau, ferner Entschädigungspflicht des Staates bei Viehverlusten durch Maul- und Klauenseuche.

Abg. Rammer (Zentr.): Diese (letztere) Resolution liegt besonders im Interesse der bayrischen Viehbesitzer und der Volksernährung. Ich bitte um Annahme unsrer Wünsche.

Abg. Graf Kanitz (kons.): Auch wir stimmen der Resolution zu. Die ostdeutsche Landwirtschaft wird durch die Seuche, die aus Rußland und Österreich eingeschleppt wird, schwer geschädigt. Die Entschädigung aus dem Provinzialfonds, wie sie das preußische Abgeordnetenhaus beschlossen hat, genügt nicht. Sie soll nur dann gegeben werden, wenn die Existenz des Viehbesitzers in Frage steht. Natürlich darf der Schaden nicht voll ersetzt werden, da sonst die Aufmerksamkeit des Besitzers nachläßt. Aber wenn keine Entschädigung erfolgt, dann ist die Gefahr der Verheimlichung der Seuche sehr groß.

Abg. Zietsch (soz.): Es ist bezeichnend, daß sich zur Bekämpfung der gefährlichen Seuche, der Tuberkulose, im Etat des Reiches keine erheblichen Mittel vorfinden, sondern nur ein Fond von 100 000 Mk. Die Vorbeugung der Krankheit ist die Hauptsache, und die ist Sache des Reiches. Den Gewerbeinspektoren ist ein Wink gegeben worden, sich nicht in die sanitären Verhältnisse der Betriebe zu mischen. Jedenfalls kann mehr getan werden.

Staatssekretär Delbrück: Ein solcher „Wink" ist nicht gegeben worden. Die Seuchenbekämpfung ist Sache der Einzelstaaten. Das Reich hat nur die wissenschaftliche Prüfung zu fördern. Wir sind so weit, daß wir die

Ursache der Tuberkulose

kennen und über die Mittel, mit denen man ihr entgegentreten kann, vollständig im klaren sind. Im Jahrfünft von 1903—1907 ist die Zahl der Todesfälle an Tuberkulose im Durchschnitt des Deutschen Reiches von 214 auf je 100 000 Einwohner auf 184 konstant zurückgegangen. Diese Tendenz ist auch seither dieselbe geblieben. Wenn wir auf irgendeinem Gebiete mit Befriedigung auf das zurückblicken können, was wir hygienisch in den letzten zwei Jahrzehnten geleistet haben, so ist es zweifellos das Gebiet der Tuberkulose.

Abg. Neuner (nat.-lib.): Auch wir sind der Meinung, daß alles zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter in gefährlichen Betrieben geschehen muß. Wie steht es mit der gesetzlichen

Regelung des Apothekenwesens?

Staatssekretär Delbrück: Ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß es richtig ist, den verbündeten Regierungen zu empfehlen, auf ein Reichsapothekengesetz zu verzichten. Ich hoffe, daß nunmehr die Landesregierungen in der Lage sein werden, den besonderen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Hinsichtlich der

Maul- und Klauenseuche

ist es Sache des Reichsgesundheitsamts, den Gang der Seuche zu erkennen, im einzelnen aber liegt die Bekämpfung der Seuche in den Händen der Bundesstaaten. Beim besten Willen bin ich nicht in der Lage, zu der vorliegenden Resolution Stellung zu nehmen. Sie entfernt sich weit von dem Grundsatz, über den man sich bei der Verabschiedung des Viehseuchengesetzes geeinigt hatte. Ein Gesetzentwurf über die Faulbrut der Bienen ist ausgearbeitet und unterliegt zurzeit der Verhandlung mit dem preußischen Ressort.

Abg. Mugdan (fortschr. Vp.): Die Ablehnung eines Reichsapothekengesetzes ist um so bedauerlicher, weil ich nicht glaube, daß die Einzelstaaten so rasch vorgehen werden. Ich weise noch darauf hin, daß eine große Fleischnot, wie sie noch nie da war, für die nächsten Jahre in Aussicht steht. Die Regierung sollte beizeiten ihre Maßnahmen treffen!

Staatssekretär Delbrück: Herr Mugdan hat sich darüber beklagt, daß das Apothekengesetz nicht komme. Wir täten gut, zunächst das zahlreiche vorhandene Material aufzuarbeiten, statt nach neuen Vorlagen zu verlangen.

Abg. Gäbler (wirtsch. Vgg.) begründet die Resolution seiner Partei um baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfes zum Schutze der Bienenzucht gegen Faulbrut.

Abg. Rösicke (kons.): Schon im vorigen Jahre spielte man mit der Frage der Grenzöffnung, ohne sich ihrer großen Nachteile bewußt zu sein. Einzelne Bundesstaaten gaben sogar nach und ließen französisches Vieh ins Land. Dabei kann man nie sicher sein, ob nicht im Auslande Maul- und Klauenseuche herrscht. Angeblich soll Frankreich seuchenfrei sein. Dabei meldet heute das „Berliner Tageblatt" aus Dresden, daß die Einfuhr französischen Viehes verboten ist, weil dort die Maul- und Klauenseuche herrscht. Jede Grenzerleichterung ist eine große Gefahr! Durch die Einfuhr fremden Viehes sind die Preise nicht gesunken. Wir fordern den Reichskanzler dringend auf, die ganze Frage sehr sorgfältig zu erwägen und sich nicht einzulassen auf das Geschrei der Presse, auf die Resolutionen von Versammlungen.

Staatssekretär Delbrück: Die Durchführung des Viehseuchengesetzes liegt in der Hand der Landesregierungen. Der Reichskanzler kann in der Ausübung seines Aufsichtsrechtes nur so weit gehen, als er Forderungen nur mit einer veterinär-polizeilichen Begründung stellen kann. Allgemeine Zweckmäßigkeitsgründe reichen nicht aus. Was die gegenwärtige Seuche anlangt, so hat die eingehend geführte Untersuchung jeden Anhalt dafür vermissen lassen, daß die Seuche aus dem Auslande eingeschleppt sei. Das Gutachten der Sachverständigen geht nun dahin, daß diese Seuche entstanden ist durch Bazillen, die die Tiere seit der letzten längst erloschenen Seuche mit sich herumgetragen haben und die jetzt zum Ausbruch gekommen sind. Diese letzte Seuche ist nach meinen Informationen aus Rußland eingeschleppt worden, also aus dem Lande, gegenüber dem die strengsten Sperrvorschriften bestehen, die mit aller Gründlichkeit gehandhabt werden. Ich bin bereit, eine Konferenz einzuberufen. Aber ich weise darauf hin, daß Preußen und Anhalt bereits Anordnungen erlassen haben, die alles das bestimmen, was Dr. Rösicke will. Warten wir doch erst einmal ab, was hierbei herauskommt. Die Tötung verseuchter Tiere und die Entschädigung der davon betroffenen Landwirte erfolgt schon heute.

Abg. Graf Oppersdorff (Zentr.): Die Erfahrungen der Schulärzte sollten wissenschaftlich verwertet werden. Die Schutzimpfung des Viehes sollte allgemein durchgeführt werden.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Hallbauer: Die sozialdemokratische Behauptung, daß die sächsische Regierung die Mitwirkung der Gewerkschaften an der Heimarbeitsausstellung abgelehnt habe, muß ich ganz entschieden zurückweisen. Sie hat im Gegenteil eine objektive Ausstellung gewünscht.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Die Resolutionen vom Reichsgesundheitsamt werden angenommen.

Auf Antrag des Abg. Dove (fortschr. Vp.) geht die Patentnovelle an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Bei dem Kapitel „Reichsversicherungsamt" will der Präsident auch die Gesetzentwürfe über den Hinterbliebenen-Fonds und Reichsinvalidenfonds zur Beratung stellen.

Die Abgg. Mugdan (Vp.) und Vogt (soz.) widersprechen, und als der Präsident das Haus befragen will, zweifelt Abg. Hoch die Beschlußfähigkeit an. Es sind nur 50 Mitglieder im Hause.

Das Haus vertagt sich.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Wie jetzt feststeht, wird das Kaiserpaar am 24. d. Mts. zum Besuche Kaiser Franz Josephs in Wien eintreffen. Von dort begibt sich das Kaiserpaar nach Venedig, wo auch König Viktor Emanuel eintreffen wird. Die Fahrt nach Korfu soll am 26. d. Mts. angetreten werden.

* Nach dem Entwurf zum Reichshaushaltsetat für 1911 (Etat des Reichsschatzamts) sollen unter Erhöhung des Etatsansatzes um fünf Millionen Mark insgesamt rund 28,6 Mill. Mk. für Veteranenbeihilfen aufgewendet werden. Der Bundesrat hat jetzt den Wortlaut der dieser Erweiterung Rechnung tragenden Ausführungsbestimmungen festgestellt, deren demnächstige Bekanntmachung in Aussicht genommen ist. Es ist mithin alles vorbereitet, um den Kreis der mit Beihilfen zu bedenkenden Veteranen erheblich zu vergrößern. Voraussetzung bildet aber die rechtzeitige Verabschiedung des Reichshaushaltsetats.

* Der Präsident des Reichstags hat der italienischen Kammer anläßlich des Jahrestages der Einigung Italiens ein Glückwunschtelegramm gesandt. Diese Kundgebung freudiger Teilnahme des deutschen Reichstages an der Jubelfeier des italienischen Volkes hat in Rom eine begeisterte Aufnahme gefunden. Der Präsident der Kammer erklärte im Anschluß an die Verlesung des Telegramms: Nach dieser Kundgebung, die Zeugnis dafür sei, wie das italienische Parlament und ganz Italien des Bandes gedächten, das Italien mit der edlen deutschen Nation verknüpft, erachte er sich ohne weiteres für beauftragt, dem Reichstag durch ein Telegramm die Gefühle der Freundschaft Italiens zum Ausdruck zu bringen.

* In der Reichstagskommission für Elsaß-Lothringen wurde das Zweikammersystem angenommen, eine Beschränkung des Budgetrechts dagegen abgelehnt.

* Im Reichsjustizamt hat eine Beratung mit Sachverständigen über die Haftpflicht der Eisenbahnen stattgefunden, bei der es sich namentlich um die Ausdehnung der reichsgesetzlichen Regelung auf die Haftpflicht für Sachbeschädigungen und um die besonderen Verhältnisse der Straßenbahnen handelte. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, waren die Sachverständigen grundsätzlich mit den vom Reichsjustizamt gemachten Vorschlägen einverstanden und erklärten, auf weitgehende Wünsche im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes verzichten zu wollen.

* Dem preußischen Abgeordnetenhause ist ein Gesetzentwurf über den Erwerb von Fischereiberechtigungen durch den Staat zugegangen. Danach können die Fischereiberechtigungen als selbständige Gerechtigkeiten ganz oder für Teile der Gewässer auf den Staat übertragen werden. Zu der Übertragung ist die Einigung der Fischereiberechtigten und des Staates über die Rechtsänderung und die Eintragung der Rechtsänderung im Grundbuch erforderlich. Etwaige Nebenrechte der Fischereiberechtigungen gehen mit diesen auf den Staat über.

* Bisher war angenommen worden, daß der Entwurf des preußischen Wasserstraßengesetzes dem Abgeordnetenhause noch in dieser Tagung vorgelegt werden würde, um ihn dann zur Vorberatung einer Zwischenkommission nach Art derjenigen, die die Reichsversicherungsordnung vorberaten hat, zu überweisen. Nach dem Stande der Arbeiten an jenem Entwurfe erscheint es aber ausgeschlossen, daß er vor dem Monat Juni zur gesetzgeberischen Behandlung reif wird.

* Die bayrische Regierung hat bekanntlich im Bundesrate den Vorschlag gemacht, die Gestattung des Hausierhandels von der Bedürfnisfrage abhängig zu machen. Eine Reihe von Händlerverbänden hat daraufhin Eingaben an den Reichstag gerichtet, in denen gegen die Einführung eines solchen Bedürfnisnachweises Stellung genommen wird. Die Petitionskommission des Reichstages schlägt nunmehr vor, diese Petitionen dem Reichskanzler zu überweisen.

Österreich-Ungarn.

* Der Budgetausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses nahm nach stürmischen Zusammenstößen zwischen Tschechen und Deutschen den Voranschlag zum Etat des Ministeriums des Innern unverändert an. Ein Antrag, in dem die Regierung aufgefordert wird, mit der ungarischen Regierung über die Ergreifung von entschiedenen Maßregeln gegen die von der preußischen Regierung angeordnete Massenausweisung von österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen in Verhandlung zu treten, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Frankreich.

* Für die erste Aprilwoche werden in Paris Erklärungen des Ministers des Äußeren, Cruppi, über die auswärtige Politik des Kabinetts Monis angekündigt. Man dürfe, wie in amtlichen Kreisen bemerkt wird, von diesen Mitteilungen nichts andres erwarten, als eine neue Bekräftigung der Grundsätze, durch die die Leitung der internationalen Angelegenheiten der Republik bisher bestimmt worden ist. Das Bündnis Frankreichs und seine Abkommen bleiben auch weiterhin so richtunggebend, daß in keiner der unter diesem Gesichtspunkte zu beurteilenden Einzelfragen unter dem Walten des jetzigen Kabinetts eine andre Stellungnahme als unter dem früheren Ministerium vorauszusehen ist. Berichten, die man in Paris erhalten hat, ist mit Befriedigung entnommen worden, daß man überall im Auslande von der unveränderten Aufrechterhaltung des bisherigen Charakters der auswärtigen Politik der Republik überzeugt ist.

* In der Deputiertenkammer wies bei der Beratung des Kriegsbudgets und der Armeestärke der Berichterstatter auf das stete Sinken der Ziffer der Diensttauglichen hin. Von 420 000 Mann, die 1910 zur Dienstleistung herangezogen wurden, sandte man 13 000 heim. Diese Ziffer erwies sich noch allzu gering, weil der Prozentsatz der unterwertigen kasernierten Mannschaften auffallend hoch bleibt und die erneute Prüfung der jungen Soldaten nach sechsmonatiger Dienstzeit unvermeidlich macht. Die Heeresstärke für 1930 müßte, falls sich die Verhältnisse der Tauglichkeit nicht bessern, unter 190 000 Mann sinken. Der Berichterstatter erklärte zum Schluß, Frank-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219110322-14/fragment/page=0001

reich müsse zweifellos nach Frieden streben, aber es dürfe nicht einschlafen in trägerischer Sorglosigkeit. Es sei aus dieser Sorglosigkeit vor einigen Jahren rauh herausgerissen worden, als es plötzlich (in den Tagen des Marokkostreites) in aller Eile seine Rüstungen wieder vervollständigen mußte, die es ein wenig vernachlässigt hatte. Heute könne Frankreich der Zukunft mit vollem Vertrauen entgegensehen, um so mehr, als es dem Auslande in sich geeinigt gegenüberstehe.

England.

*Das Unterhaus lehnte eine Beschlußfassung der Arbeiterpartei, durch die die Vermehrung des Flottenbudgets als eine Bedrohung des Friedens bezeichnet wird, mit 216 gegen 54 Stimmen ab.

Norwegen.

*Das erste weibliche Parlamentsmitglied in Norwegen, Fräulein Rogstad, eine Lehrerin, war bei ihrer Einführung im Storthing, die dieser Tage stattfand, der Mittelpunkt einer glänzenden Kundgebung. Sie erhielt zahlreiche Blumengeschenke und Glückwunschtelegramme und der Ministerpräsident begrüßte die Dame in der Kammer, indem er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Mitarbeit der Frauen im Parlament dem Lande reichen Segen bringen werde.

Amerika.

*Nachrichten aus Mexiko besagen, daß Präsident Diaz jetzt alle verfügbaren Truppen gegen die Rebellen aufgeboten hat. Die Aufrührer haben angeblich Verhandlungen mit der Regierung angebahnt, indem sie ihre Unterwerfung anboten, falls ihnen volle Straffreiheit zugesichert werde. Der erbitterte Präsident aber verlangt bedingungslose Unterwerfung.

Asien.

*Trotzdem China im großen und ganzen Rußlands Forderungen anerkannt hat, raten Petersburger politische Kreise, diesem augenblicklichen Erfolge nicht zu trauen und eine starke Heeresmacht in den an die Mongolei und Chinesisch-Turkestan grenzenden Gebieten bereitzuhalten. Das chinesische Nationalgefühl, einmal erwacht, könnte manche Überraschung bringen. — In Peking finden patriotische Versammlungen statt, in denen die Schwäche der Regierung Gegenstand der Verhandlung ist und die schleunige Einberufung der Volksvertretung gefordert wird. Die Mongolei ist mit chinesischen Luxusen überschwemmt. Kurz, die Gefahr ist nicht geschwunden, sondern erst im Anzug.

Heer und Flotte.

— Der deutsche Panzerkreuzer „von der Tann" ist in Rio de Janeiro eingetroffen. Die brasilianischen Zeitungen bringen genaue Beschreibungen des Schiffes. Der Kommandant des Kreuzers lud durch Funkentelegramm die an Bord des Dampfers „Blücher" befindlichen amerikanischen Touristen zu einem Ball an Bord des „von der Tann" ein. Die deutsche Kolonie plant große Festlichkeiten zur Ehren des Kriegsschiffes.

— Das Schulschiff Prinzeß „Eitel-Friedrich" des deutschen Schulschiffvereins ist von seiner längeren Auslandsreise aus Mittelamerika zurückgekehrt und in Hamburg eingetroffen.

Von Nah und Fern.

Friedrich Haase †. Der berühmte Schauspieler Friedrich Haase, der 1825 im königlichen Schlosse zu Berlin als Sohn eines Palastbeamten geboren wurde, ist in Berlin gestorben. Eine der bedeutsamsten Persönlichkeiten des Theaters vergangener Jahrzehnte, eine der markantesten Erscheinungen des gesellschaftlichen Berlin ist mit Friedrich Haase dahingegangen.

Der Erlös aus den bayrischen Jubiläumsmarken. Die bayrische Postverwaltung hat in fünf Tagen über anderthalb Millionen Mark aus dem Verkauf der neuen Briefmarken gelöst. — Die neuen bayrischen Zweimarkstücke, die am 17. d. Mts. zur Ausgabe gelangten, sind in kurzer Zeit ausverkauft gewesen. Es standen für München nur 3000 Stück zur Verfügung, und ebensoviele Leute standen zum Teil schon von 1 Uhr nachts auf der Straße, wo später ein starkes Schutzmannsaufgebot die Ordnung aufrechterhalten mußte.

Telephon und Gerichtsbarkeit. Ein Landwirt hatte beim Landgericht Bochum im letzten Augenblick auf telephonischem Wege gegen ein Urteil Berufung eingelegt. Das Gericht verwarf jedoch die Berufung mit der Begründung, die telephonische Übermittlung sei unzulässig, da durch sie die Persönlichkeit des Einlegers nicht festgestellt werden könnte.

Der Schatz in den Kleidern. Zwei Bürstenhändler, die nur gebrochen Deutsch sprachen und sich nicht im Besitze eines Wandergewerbescheins befanden, wurden durch die Gendarmerie in Roßwig verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis in Glogau zugeführt. Bei einem sofort angestellten Verhör wurde festgestellt, daß die Bürstenhändler Belgier sind. Nach ihrer Einlieferung fiel den Beamten die besondere Mützenform der Verhafteten auf; eine nähere Untersuchung ergab, daß in den Mützen, wohl verpackt, sich 2000 Mk. befanden. Die Untersuchung ihrer andern Kleidungsstücke förderte aus den Beinkleidern je 850 Mk. bares Geld und zwei wertvolle goldene Uhren, die eingenäht waren, zutage. An den Uhren waren noch die Wertaufzeichnungen des betreffenden Geschäfts, wo sie zweifellos gestohlen worden sind, angebunden. Über die wertvollen Funde verweigern die Verhafteten jede Auskunft.

Der Erdrutsch am Banzer Berg, der mehrere Wochen andauerte, ist jetzt zum Stillstand gekommen; es wird noch fortgesetzt abgeholzt und zahlreiche Arbeiter ziehen Wassergräben in dem Gelände, um die zerstörende Feuchtigkeit abzuleiten.

Ein Schuhnägelfresser ist im Sulzbacher Knappschaftslazarett bei Saarbrücken operiert worden. Es ist ein Bergmann, der vor einiger Zeit schon einmal operiert werden mußte, weil er damals zu viel Hut- und Haarnadeln verschluckt hatte. Der Mann ist geistesschwach und will immer wieder derartige Mahlzeiten einnehmen.

Winzerunruhen in der Champagne. Die Winzer von Colombe-La-Fosse, die darüber aufgebracht sind, daß das Weinbaugebiet von Aube nicht in das Champagnegebiet einbezogen ist (wodurch sie ihre Weinmarken auch nicht Champagner nennen dürfen), verjagten den Steuereinnehmer, läuteten die Totenglocke und pflanzten eine rote Fahne auf der Bürgermeisterei auf.

Masernepidemie in England. 150 Todesfälle, die durch die Masernepidemie verursacht wurden, sind in der letzten Woche verzeichnet worden, was eine Zunahme von 75 Fällen gegen die Vorwoche bedeutet. Seit den letzten vier Wochen sind insgesamt 546 Personen dieser Krankheit zum Opfer gefallen. Am Sonntag allein erkrankten 748 Personen an Masern; sie werden fast alle in den Spitälern Londons behandelt. In verschiedenen andern Gegenden Englands ist die Krankheit ebenfalls ausgebrochen. In zahlreichen Gemeinden mußten die Schulen wegen der Epidemie geschlossen werden.

Neue Diamantenfunde in Englisch-Kolumbia. Am Tulamenflusse in Englisch-Kolumbia sollen Diamantenfelder in einer Ausdehnung von zwanzig englischen Meilen entdeckt worden sein. Die Regierungsgeologen haben das Vorhandensein von Diamanten bestätigt, die Bodenformation ist ähnlich der in Transvaal, und die Felder versprechen reiche Ausbeute. Das Land ist noch sehr wenig besiedelt und die Reise dahin mit großen Schwierigkeiten verbunden.

Ein Zollwächter als Schmuggler. Wegen Sacharinschmuggels ist in Konstanz ein Grenzwächter verhaftet worden. Ferner wurde dort ein Ehepaar festgenommen, das den Süßstoff gewerbsmäßig nach Leipzig verkaufte. In der Wohnung des Grenzwächters und eines gleichfalls verhafteten Schneiders und Uhrmachers wurden nicht weniger als 18 Zentner Sacharin vorgefunden.

Der New Yorker Bürgermeister — gegen den Hosenrock. Wie die Theaterdirektoren in New York, hat sich auch der Bürgermeister entschieden gegen die neue Mode des Hosenrockes ausgesprochen. Er läßt Damen in „Haremskleidern" den Eintritt ins Rathaus verbieten.

Gerichtshalle.

§§ **Berlin.** Das Kammergericht hatte eine für alle Vereine, die unter das Reichs-Vereinsgesetz fallen, prinzipiell sehr wichtige Entscheidung gefällt. Jeder Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt, muß einen Vorstand und eine Satzung haben. Binnen zwei Wochen soll der Vorstand des Vereins die Satzung und das Verzeichnis der

Friedrich Haase †.

Vor wenigen Monaten haben alle Theaterfreunde dem Berliner Altmeister Friedrich Haase zugejubelt, der am 1. November 1910 seinen 85. Geburtstag feierte. Und nun hat der berühmte Bühnenkünstler die Augen für immer geschlossen. Haase war der Sohn eines königlichen Kammerdieners. Seine ersten Schritte in seiner Schauspielerlaufbahn leitete kein Geringerer als der Dichter Ludwig Tieck, der die Bedeutung dieses Künstlers früh erkannte. Mit Hilfe des Königs Friedrich Wilhelm IV., der ihn seinerzeit aus der Taufe gehoben hatte, wurde Haase im Jahre 1846 an das Hoftheater in Weimar engagiert, dann wirkte er kurze Zeit in Potsdam und am Berliner Hoftheater, bis er an das Deutsche Theater in Prag engagiert wurde. Dort entfaltete er sich zum unübertrefflichen Charakterdarsteller. Karlsruhe, Mannheim, Frankfurt a. M., Kaburg, woselbst er das Hoftheater leitete, Petersburg, das Königl. Schauspielhaus zu Berlin, Leipzig, dessen Stadt-Theater-Direktion er nach Laubes Weggang übernahm, waren die weiteren Stätten seines Wirkens. Im Jahre 1876 schied er von Leipzig, um weite Gastspielreisen durch alle Welt anzutreten. Als das Deutsche Theater in Berlin gegründet wurde, war Haase einer seiner Sozietäre. Im Jahre 1896 schied der große Charakterdarsteller in der Fülle seiner Kraft und seiner rauschenden Erfolge von der Bühne.

Vorstandsmitglieder der Polizeibehörde einzureichen. Vorstandsmitglieder eines Vereins, die diese Vorschriften nicht beachtet hatten, waren von der Zuwiderhandlung gegen diese Bestimmungen freigesprochen worden, weil Verjährung eingetreten sei. Diese Entscheidung focht die Staatsanwaltschaft beim Kammergericht an, das die Vorentscheidung aufhob und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an die Strafkammer zurückwies, indem u. a. ausgeführt wurde, handle es sich um einen politischen Verein, so beginne der Lauf der Verjährungsfrist erst von dem Tage, an dem die Einreichung der Satzung und des Verzeichnisses der Vorstandsmitglieder erfolgt oder unmöglich geworden sei. Es handle sich um ein Dauerdelikt, die Verjährung beginne nicht schon mit dem Ablauf der 14 tägigen Anzeigepflicht.

Nürnberg. Der ledige, 23 Jahre alte Kaufmann Wilhelm Jakob aus Soldhofen hatte im September v. Js. in Nürnberg die 23 Jahre alte Minna Walter und ihr acht Monate altes Töchterchen mit Spiritus übergossen und angezündet. Nach wenigen Tagen erlagen beide ihren schweren Brandwunden. Das Schwurgericht verurteilte nach dreitägiger Verhandlung Jakob wegen Totschlags unter Ausschluß mildernder Umstände zu zwölf Jahren Zuchthaus und gegen Jahren Ehrverlust. Die Frage auf Mord hatten die Geschworenen verneint. Jakob hatte bis zum Schluß der Verhandlung die Tat geleugnet.

x **Rudolstadt.** Wegen Baumfrevels war der Lehrer P. in Neuhaus a. R. vom Schöffengericht in Oberweißbach trotz hartnäckigen Leugnens zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Er war beschuldigt, in der Nacht zum 28. August v. Js. in der Baumschule vor der Neuhauser Kirche insgesamt 28 Bäumchen böswillig umgebrochen zu haben. Auf die seitens der Staatsanwaltschaft wie des Angeklagten gegen das Urteil eingelegte Berufung erhöhte die fürstliche Strafkammer die Strafe auf 300 Mark Geldbuße. — Die Tat wird auf einen Racheakt gegen den Neuhauser Kantor E. zurückgeführt.

Die goldene Hochzeit des Brauerkönigs.

In der arbeitsamen Stadt Pasadena in Kalifornien hat in diesen Tagen eine Feier stattgefunden, die mit so großem Pomp veranstaltet worden war, daß ganz Amerika sich mit dem Feste beschäftigt. Der Besitzer der bekanntesten amerikanischen Bierbrauerei, der von einer altbekannten deutschen Malzbäckerfamilie abstammende Adolf Busch, feierte seine goldene Hochzeit. Er war es, der vor 60 Jahren zum ersten Male in der Neuen Welt ein deutsches Lagerbier herstellte und dessen Name im Zusammenhang mit seiner Ware in Amerika eine Beliebtheit erlangt hat, wie sie kaum ein deutscher Brauer in seinem Heimatlande errungen hat. Der Brauerkönig hatte kurz vor dem Feste eine Bekanntmachung erlassen, in der er alle seine Freunde und Angestellten aufforderte, an der Familienfeier teilzunehmen, wobei er nicht vergaß, anzudeuten, daß er alle Kosten auf sich nehmen würde. Die großzügige Einladung wurde mit Tausenden von Telegrammen beantwortet, und die goldene Hochzeit des Brauerkönigs wurde zu einem Riesenfestmahl, das im alten Rom kaum seinesgleichen gesehen haben mag. Bei Tagesanbruch verkündeten Kanonenschüsse den Bürgern von Pasadena, daß die große Stunde gekommen habe, und in gleicher Weise erfuhr auch die Einwohnerschaft von St. Louis von dem bedeutsamen Ereignis. Zum erstenmal seit 60 Jahren blieben in der berühmten Buschbrauerei in St. Louis die Maschinen stehen und 6000 Angestellte bereiten sich, an ihrem Chef und Wirt zu ziehen und ihm Glück zu wünschen. Unmittelbar nach der Ehrenfeier ließ der Jubilar hundert Priestaufen aufstellen, die als Boten des Friedens nach allen Windrichtungen davonflogen. Bei dem Festmahl krönte man die Gattin des Brauerkönigs und geleitete sie zu einer Art Thron. Die Geschenke, mit denen das Jubelpaar bedacht wurde, trafen aus allen Teilen Amerikas ein und stellen in ihrer Gesamtheit einen Wert von rund 2 Millionen Mark dar. Die kostbaren Gaben stammen hauptsächlich von deutsch-amerikanischen Freunden. Das wertvollste Geschenk aber war ein prachtvolles Diamant-Diadem, das der Brauerkönig seiner Gemahlin überreichte, und das einen Wert von 800 000 Mk. hat; es wurde in Frankfurt hergestellt. Die Kinder überreichten den Eltern ein Dutzend Teller aus reinem Golde, die 100 000 Mk. gekostet haben, und die Enkel hatten sich zusammengetan, um einen aus ebensalls reinem Golde gearbeiteten mächtigen Blumenkorb zu stiften, für den der Juweier mehr als 60 000 Mk. erhielt. Die Zahl der goldenen Ehrenpokale rechnet nach Dutzenden; aber besonderes Aufsehen erregte das Geschenk,

Der Kaffee-Corner.

18] Roman von Cyrus Townsend Brady.

(Fortsetzung.)

„Warum sagen Sie mir das, Mr. Johnstone?" fragte Miß Livingstone.

„Na, wem soll ich es denn sonst sagen, als Ihnen? Zu wen ist er denn verliebt, als in Sie? Und was bricht ihm denn bei der Sache das Herz? Doch nicht das Geld! Und er — er wird doch nicht kommen und es Ihnen auf die Nase binden?"

„Er will also nicht zu mir kommen?"

„Nein. Schreiben wird er. Sonst nichts."

„Schreiben? Ja, er will sich doch morgen eine Antwort noch holen."

„Holt er nicht mehr. Seine Antwort, denkt er, hat er schon, und er nimmt die bittere Medizin wie ein Mann. Aber er geht doch drauf. Und das will ich nicht, und da dachte ich mir, Sie sollten doch alles wissen und . . . wissen Sie überhaupt schon etwas davon?"

„Ja," sagte sie. „Etwas."

„So hat wohl das kleine englische Kerlchen wieder geplaudert?"

„Nein. Durch ihn weiß ich nichts."

„Ich dachte, er sei's. Ich weiß, daß er ein anständiges Kerlchen ist, wenn auch ein Esel. Wer sonst also hat's Ihnen gesagt?"

„Niemand."

„Gut. Aber was wissen Sie, und woher wissen Sie's denn?"

„Ich kenne Mr. Tillotson noch nicht so lange wie Sie, Mr. Johnstone, aber doch lange genug, um mir zu denken, wie alles kam. Er hat in Erfahrung gebracht, daß auch mein Geld mit dabei war. Hoffentlich hat er nicht geglaubt, daß es mit meinem Willen geschehen ist."

„Nein. Er weiß betreffs dessen Bescheid."

„Und Sie wissen es auch?"

„Ja natürlich. Ich bin doch mit vom Geschäft. Aber sonst weiß es niemand als ich und er und der kleine Engländer noch."

„Bald wird es die ganze Welt wissen," dachte Miß Livingstone und wurde wieder ganz rot. Dann aber fragte sie: „Steckte auch von Ihnen Geld drin?"

„Ja natürlich. Wo Eddy dabei ist, bin ich auch dabei."

„Wer ist Eddy?" fragte sie ganz erstaunt.

„O Pardon, ich vergaß. Wir nennen ihn Eddy. Wissen Sie „Ed". E. D. Tillotson."

Sie lächelte wieder.

„Sie sind also überall mit dabei, wo . . . Eddy ist?"

„Jawohl. Und auch bei der Hochzeit sollte ich mitkum."

„Bei welcher Hochzeit?" fragte sie ganz betreten.

„Na, bei seiner. Bei Ihrer mit ihm. Da sollte ich Brautführer sein."

„Und Mr. Tillotson hat selber den Corner gebrochen?"

„Natürlich."

„Und sein Geld alles verloren?"

„Alles, Miß. Nur die Überfahrt haben wir noch."

„Wieviel war es, was er verlor?"

„Na, nicht viel. Fünf Millionen."

„Zum erstenmal hörte Miß Livingstone, daß der Mann, den Bertie einen Glücksjäger geschimpft, schon damals über solchen Reichtum verfügte. „Und Sie?" fragte sie. „Haben Sie auch viel verloren?"

„Nein. Ebensoviel."

„Herr Tillotson hat groß, hat edel gehandelt!"

„Er ist doch in Sie verliebt."

„Aber Sie — Sie waren es doch nicht —?"

„Nein. Ich hatte Sie ja noch nicht gesehen. Sonst wär' auch ich es gewesen."

Sie lächelte wieder. „Aber warum haben Sie denn Ihr Vermögen geopfert?"

„Weil, was mir gehört, auch Eddy gehört. Er ist ja so ein verflixt guter Kerl! Aber sagen Sie einmal, was werden Sie jetzt in der Sache noch tun? Jetzt, wo er kein Geld hat, kommt er gewiß nicht und wirbt noch um Sie."

„Kommt er gewiß nicht? Nun, wissen Sie was, so schicken Sie ihn zu mir."

„Ich? Er geht mir ja nicht."

„Ja, was ist da zu tun? Wollen Sie ihm einen Brief mitnehmen, wenn ich einen schreibe?"

„Ich? Nicht um die Welt. Er bläßt mir ja 's Lebenslicht aus."

„Ich kann doch nicht selbst zu ihm hin!"

„Nein. Aber schicken Sie zu ihm. Schreiben Sie ihm, es hat Sie ein großes Unglück betroffen . . . Sie rechnen auf seine Hilfe . . . er muß sofort kommen . . . dann kommt er gewiß."

„Wirklich? Gut, so will ich es tun. Und wie soll ich Ihnen danken, Herr Johnstone?"

„Mir? Sehr einfach. Wenn Sie mir Eddy glücklich machen, dann bin ich zufrieden."

„Das will ich. Und Sie, Sie sollen auch wirklich bei meiner Hochzeit der Brautführer sein, wenn es eine gibt." Und sie reichte ihm die Hand, und er schüttelte sie, daß sie ihr noch lange drauf weh tat. Aber auch Händedrücke, die weh tun, tun wohl.

12.

Der erste Tag des neuen Jahres brach genug wundervoll an. Der Sturm hatte sich gelegt, und die Luft war klar, rein und kalt. Trotzdem stieg Mr. Tillotson mit einem recht schweren Herzen aus seinem Bett. Er hatte eine lange, schlaflose Nacht hinter sich, während der er Zeit genug hatte, über seine Situation nachzudenken. Und je mehr er nachgedacht hatte, desto elender hatte er sich gefühlt. Er dachte auch nicht über den Geldverlust nach, sondern über den andern, größeren. Und doch hielt ihn gerade der Gedanke an den aufrecht. Und gerade der alte Johnstone, für den keine Liebe da war, ihn aufzurichten, gerade der war heute über alle Maßen lustig; von einer Lustigkeit, die in sogrellem Widerstreit zu Tillotsons Stimmung stand, daß dieser sie ihm sogar verwies. Der aber ließ sich durchaus nicht stören.

„Prosit Neujahr!" rief er. „Prosit Neujahr. Und hier ist auch etwas für dich. Ein Brief. Alle Wetter, wie der aber sein riecht. Und eine Damenhandschrift auch. Sapperment, Sapperment, von wem kann der sein?"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219110322-14/fragment/page=0002

das der Deutsche Kaiser überlandt hatte, und der Goldpokal, den Roosevelt überreichen ließ. Präsident Taft hatte eine neue Goldmünze geschickt mit besonderer Prägung. Am Abend fand dann in St. Louis im Kolisseum eine Massenhuldigung der Angestellten und Arbeiter statt. Bei dem Klange einer Kapelle von hundert Musikern zogen die Angestellten der Buschbrauerei vorüber, und mehr als 100 000 Flaschen Bier waren aufgeboten, um den Durst der Festteilnehmer zu stillen. Auch der Magistrat von St. Louis beteiligte sich an der Feier, war es doch das Buschbier, das St. Louis zuerst in Amerika berühmt machte.

Aus der Woche.

Berlin, den 17. März 1911.

Um den Fortgang der Reichstagsarbeiten steht es, wenn man den aus parlamentarischen Kreisen kommenden Gerüchten glauben darf, nicht besonders günstig. Zwar ist der Verfassungsentwurf für Elsaß-Lothringen in seiner veränderten Form angenommen worden, aber sowohl das Arbeitskammergesetz als auch das Gesetz betr. die Privatbeamtenversicherung kann ziemlich als erledigt gelten. So bliebe denn die Strafprozeßreform, die noch immer heißumstrittene, und die Reichsversicherungsordnung, um die in Wort und Schrift der Kampf tobt. Die Zweifler, die von diesem Reichstag nicht die Erledigung der ihm übertragenen Arbeiten erwarteten, haben also recht behalten. — Aus England können wieder einmal Friedensschalmeien. Der Staatssekretär des Äußeren, Herr Grey, hat gelegentlich der Flottenbebatte im Unterhause eine längere Rede gehalten, in der er hervorhob, daß die deutsch-englischen Beziehungen nichts zu wünschen übrig lassen, und in der er sich zugleich gegen die Übereifrigen wandte, die auf schnellstem Wege eine Abrüstung verlangen. Mit seinen Ausführungen über eine Beschränkung der Rüstungen, die auch Deutschland ersehnt, hat der englische Staatsmann, wie eine halbamtliche Erklärung der Nordd. Allg. Ztg. zeigt, bei der Berliner Regierung volles Verständnis gefunden, und wenn nicht neue „Mißverständnisse" auftauchen, ist es vielleicht nicht ausgeschlossen, daß in absehbarer Zeit Verhandlungen über eine beiderseitige Begrenzung des Flottenbaues stattfinden. — Wer sich noch der Vorgänge erinnert, die 1905 zur Abdankung des damaligen französischen Ministers des Äußeren, Herrn Delcassé, führte, wird nicht überrascht sein, daß der einst so Hoffnungsfreudige jetzt im Marineministerium den alten Revanchepläneen nicht entsagt. Freilich, er selber verhält sich schweigsam und beschäftigt sich anscheinend nur mit seinem Ressort, desto eifriger sind aber seine Freunde in der Presse. Hat es doch in diesen Tagen der „Matin" fertig gebracht, den Versuch zu machen, Herrn Delcassé, von dem das Wort stammt: Deutschland und Frankreich haben miteinander nicht Platz, als einen Freund Deutschlands hinzustellen. Es wird also nicht wundernehmen, wenn der „Matin" gelegentlich den Dingen der Auswärtigen Politik mehr Interesse entgegenbringt, als ein Marineminister gemeinhin nötig hat. Deutschland aber sieht wie damals so auch heute den Maßnahmen Delcassés mit Ruhe entgegen. — Italien hat in diesen Tagen das Jubelfest seiner Einigung gefeiert und mit besonderer Genugtuung können wir feststellen, daß schon im Beginn der Feste, die den ganzen Sommer in Anspruch nehmen werden, in den offiziellen Festreden darauf hingewiesen worden ist, welchen Anteil an dem Emporblühen des geeinten Italiens der Dreibund hat. Immer mehr bricht sich auch bei den einstigen Gegnern des Dreibundes in Italien die Erkenntnis Bahn, daß der ungeheure Aufschwung des Landes nur möglich war, indem Italien sich den beiden mitteleuropäischen Kaisermächten anschloß. Vielleicht ist der Tag nicht fern, an dem bei Kammerdebatten der Dreibund endlich einmal unangefochten bleibt. — In der Türkei ist wieder Ruhe eingekehrt, wenngleich auch an den Grenzen des Landes und in Mazedonien wie in Albanien noch immer die Lage sehr ernst ist. Die Regierung in Konstantinopel aber, die jetzt eben erst aus schwierigen Kammerdebatten als Siegerin hervorgegangen ist, wird nunmehr ihre ganze Kraft daran wenden, auch in den unruhigen Bezirken die Ordnung wiederherzustellen, um sich dann mit allem Eifer den Reformarbeiten, die seit einiger Zeit eine Unterbrechung erfahren haben, wieder zuzuwenden. — Bei einem Blick auf die außereuropäischen Erdteile zeigt sich gerade kein erfreuliches Bild. Zwar ist es dem Sultan von Marokko gelungen, die Rebellen in seinem Reiche zu schlagen, aber niemand vermag zu sagen, wie lange die so mühsam hergestellte Ruhe dauern wird. Noch schlimmer stehen die Dinge im fernen Osten. Es ist sicher verfrüht, von einem bevorstehenden Kriege zwischen Rußland und China zu sprechen, aber die Sorglosen, die da meinen, China müsse sich auch etwaige Übergriffe des Zarenreiches gefallen lassen, weil seine Heeresmacht durchaus unzulänglich sei, verkennen doch wohl die seit den Erfolgen Japans in China geleistete Arbeit. In der Duma ist denn auch mit Recht darauf hingewiesen worden, daß Rußland sich gegenüber China in derselben Lage befinde, wie vor Ausbruch des mandschurischen Krieges gegenüber Japan. Es wird eben alles davon abhängen, ob dem Zaren diesmal andre Berater zur Seite stehen, wie damals und ob er ihnen Gehör schenkt. — Endlich wäre ein Wort über die Mobilmachung in den Ver. Staaten zu sagen. Der Welt wird täglich von Washington aus verkündet, es handle sich bei dem Aufgebot so unverhältnismäßig großer Truppenmassen nur um eine Übung, aber es läßt sich doch nicht verschweigen, daß die Regierung lediglich feststellen will, wie sich ihre Maßregeln im Ernstfalle gestalten müßten, im Ernstfalle, d. h. wenn Japan einen Angriff gegen die Ver. Staaten planen sollte. Der Augenblick der Auseinandersetzung zwischen beiden Staaten ist jetzt wohl noch nicht gekommen, aber das seltene militärische Schauspiel zeigt, wohin der Kurs in den Beziehungen zwischen Amerika und Japan geht. Daß trotz alledem Friedensversicherungen ausgetauscht und mit diesem Eifer veröffentlicht werden, versteht sich dabei von selbst. M. A. D.

Dämmerzustände vor Gericht.

In verschiedenen Sensationsprozessen der letzten Zeit ist von den Angeklagten zu ihrer Entlastung angeführt worden, daß sie die Tat in einem krankhaften Zustande von Erinnerungsverlust, einem sogenannten Dämmerzustande, begangen hätten. Die Kenntnis von der Existenz eines krankhaften Verlustes der Erinnerung ist dadurch in breitere Volksschichten gedrungen, und nicht selten wird deshalb von gewitzten Verbrechern bei der Gerichtsverhandlung das Vorhandensein eines solchen Dämmerzustandes fingiert. Es ist dann nicht immer leicht für den Sachverständigen, festzustellen, ob dieser Zustand nur vorgespiegelt wird oder wirklich vorgelegen hat. Auf Grund seiner reichen Erfahrung als forensischer Sachverständiger gibt nun Dr. Forster in der „Umschau" eine Analyse solcher Dämmerzustände und erörtert die Frage, wie man einen sich damit verteidigenden Verbrecher eventuell entlarven könne. Bei durch erbliche Veranlagung, chronische Vergiftung, Epilepsie usw. dazu veranlagten Personen tritt manchmal plötzlich die Erinnerung aus, um nach einiger Zeit, gewöhnlich nach Stunden oder Tagen ebenso plötzlich wiederzukehren. Bisweilen ist der in einem solchen Dämmerzustande Befindliche von einem normalen Menschen nur dadurch verschieden, daß die Erinnerung an sein früheres Leben ganz oder fast ganz ausgeschaltet zu sein pflegt. Sein Zustand ist daher ihr einen ihm fremden Menschen schwer zu erkennen. Oft freilich kommen auch während des Dämmerzustandes Handlungen vor, die auch von einem Laien sofort als krankhaft erkannt werden. Das wichtigste Kennzeichen für die Feststellung eines Dämmerzustandes ist nachher die völlige Erinnerungslosigkeit an alle Vorgänge, die der Kranke während dieser Zeit erlebte. Bisweilen läßt sich die Fingierung eines Dämmerzustandes nur dadurch bestimmt beweisen, daß dem Verbrecher während der gleichen Zeit Handlungen nachgewiesen werden, die ein Vorhandensein seines vollkommenen Bewußtseins außer Frage stellen. Dieser Fall lag bei einem Verbrecher vor, der, in der Annahme, sein Komplice sei verhaftet und habe einen gemeinsam begangenen Raubmordversuch eingestanden, ein vollständiges Geständnis ablegte. Als er merkte, daß der Mitschuldige verstockter geblieben war als er, widerrief er seine Angaben, indem er in geschickter Weise einen Dämmerzustand fingierte. Während er tatsächlich schon viele Wochen in Untersuchungshaft saß, meinte er plötzlich, er könne sich höchstens drei Tage im Gefängnis befinden, gab vor, von dem Geständnis nichts zu wissen und leugnete, die Tat ausgeführt zu haben. Er gab genau den Zeitpunkt an, an dem er verhaftet wurde, wußte auch, wann er vor den Untersuchungsrichter geführt worden war, aber von dem Geständnis wollte er nichts wissen. Er müsse es in einem Dämmerzustand abgelegt haben, die Einzelheiten seiner Erzählung müßten aus Zeitungsberichten über das Verbrechen stammen, die er gelesen. So unwahrscheinlich auch dieser Dämmerzustand erscheinen mochte, so konnte er doch als völlig unmöglich erst dadurch erwiesen werden, daß festgestellt wurde, der Verbrecher habe sich während der Zeit des angeblichen Dämmerzustandes in einer andern gegen ihn schwebenden Sache mit großem Raffinement unter Anführung aller in Betracht kommenden Punkte verteidigt. Wird die Straftat selbst durch einen Dämmerzustand entschuldigt, so lassen sich aus den Akten gewöhnlich bestimmte Anhaltspunkte für die Wahrheit oder Falschheit dieser Behauptung gewinnen. Schwierige, komplizierte Leistungen, die auch eine neue Gedankentätigkeit erfordern, können in einem Dämmerzustand überhaupt niemals korrekt ausgeführt werden. Dafür führt Forster den Fall eines Musikers an, bei dem festgestellt wurde, daß er während der Zeit des von ihm behaupteten Dämmerzustandes pünktlich zur Oper gegangen war und sogar in der „Elektra" von Strauß seine Partie von Anfang an bis zu Ende gewirkt hatte. Das wirkliche Vorhandensein des Dämmerzustandes wurde erst erwiesen, als sich aus einer Anfrage bei dem Direktorium einer Oper ergab, daß er während dieses Abends vielfach falsch gespielt hatte und von seinen Kollegen häufig unterstützt werden mußte. Bisweilen wird auch ein vorhandener Dämmerzustand geleugnet. Dies tat ein Soldat, den sein Pferd vor den Kopf gestoßen hatte und der daraufhin die Garnison verließ und eine Reihe zusammenhangloser Handlungen ausführte. Er leugnete zunächst den Dämmerzustand, weil er fürchtete, daraufhin den Abschied zu erhalten, dann gestand er ihn zu und leugnete ihn später besonderer Familienverhältnisse wegen wiederum. Das Vorhandensein des Zustandes konnte einwandsfrei dadurch erwiesen werden, daß festgestellt wurde, er habe gar keine Erinnerung an die ganze Zeit und der von ihm gegebene Bericht über sein Verhalten während des Zeitraums sei falsch und ungenau.

Ein modernes Blutopfer.

Vor kurzer Zeit konnte man unter den vermischten Nachrichten einer Zeitung von Philadelphia unter der Überschrift: „Blut für einen Menschen gesucht", eine nicht alltägliche Bitte lesen: „In einem kleinen Häuschen, Bentab Street 1011' lebt eine arme Frau Coloco, die Mutter von vier kleinen Kindern, die sehnsüchtig auf einen Menschen wartet, der bereit wäre, etwas von seinem Blute herzugeben, um einem Familienvater das Leben zu retten. Denn David Poloco, der Ernährer der Frau und der Kinder, liegt in der Poliklinik in unmittelbarer Lebensgefahr, weil er in seinen Adern nicht genug Blut hat. Diese Nachricht wird erst jetzt veröffentlicht, nachdem die Frau einen Teil ihres Blutes bereits geopfert hat, um den Kranken zu retten. Die Ärzte haben jedoch abgelehnt, noch mehr Blut von der Frau zu nehmen. Sie ist bereit, die kleinen Ersparnisse, die die Familie im Laufe der Jahre beisammen gelegt hat, zu opfern, wenn durch eine Bluttransfusion der Vater und Ernährer den Seinen erhalten bleiben kann." Die Bitte der unglücklichen Frau sollte nicht lange unbeantwortet bleiben. Noch am selben Abend, so berichtet die „Voce del popolo", meldete sich in der Poliklinik ein Radeakutter, der sich weigerte, seinen Namen anzugeben, und sich bereit erklärte, einen Teil seines Blutes ohne jedes Entgelt zu opfern. Die Ärzte untersuchten den Fremden, sein Gesundheitszustand war ausgezeichnet, und man zögerte nicht, das hochherzige Anerbieten anzunehmen. Während die Operation vorgenommen wurde, meldeten sich in den Empfangsräumen des Hospitals gegen zwanzig Personen, die sich zu dem gleichen Opfer bereit erklärten, darunter auch zwei Frauen. Sie wurden abgewiesen, denn ihrer Hilfe war man nicht mehr bedürftig. Als man den kranken Poloco in den Operationssaal fuhr, nahm sein kleiner Sohn weinend von ihm Abschied. Doch nach der Operation zeigte der Kranke, der vorher kreideblei gewesen war, bereits bessere Farbe, und der herzende Sohn stürzte sofort zur Familie, um die frohe Kunde zu bringen. Der Retter aber, der darauf beharrte, seinen Namen nicht zu nennen, verschwand nach der Operation ebenso geheimnisvoll, wie er gekommen war, nachdem er sich vergewissert hatte, daß das Leben des Kranken nun außer Gefahr sei. Noch heute suchen die Angehörigen nach dem unbekannten Wohltäter, der mit dem Danke auch den Ruhm verschmäht hat.

Was die Sonne leistet.

In einem bedeutungsvollen Vortrag über Energiestrahlung, den der bekannte englische Gelehrte Professor Thomson in London in der Royal Institution gehalten hat, gab der Forscher eine aufschlußreiche Darstellung über die imponierende Summe von Kraft, die die Sonne in den Weltenraum entsendet. Die Erde wie auch die Planeten leben nur von der Sonne und sind Tag um Tag, ja Minute um Minute von der Kraft abhängig, die die Sonne ausstrahlt und ihnen schenkt. Das ganze Sonnensystem beruht auf einer Kraftabgabe von unvorstellbarer Macht und Größe; die Sonne ist darin die Kraftstation. Sie bedient sich bei ihrer Arbeit der drahtlosen Telegraphie, denn die Übermittelung der Energien vollzieht sich mechanisch und in einer Form, die den elektrischen Wellen gleichkommt. Die großartige Unerschöpflichkeit dieser Kraftabgabe verdeutlicht Professor Thomson in einigen Zahlen, die sich auf genauen Berechnungen aufbauen. An einem klaren, sonnigen Tage strahlt die Sonne auf eine Fläche von etwa 40 Ar gegen 7000 Pferdekräfte aus. Man hat schon mehrfach versucht, diese Energien aufzufangen und praktisch auszunützen; wenn dies Problem gelöst würde, könnte alle Arbeit der Welt mechanisch durch die Sonne verrichtet werden. In Kalifornien ist es übrigens gelungen, die Sonnenhitze zum Antrieb von Turbinen auszunützen, wobei sich im Verlauf der Experimente auch zeigte, daß die Sonnenkraft die billigste Kraft ist, die bisher dienstbar gemacht wurde. Der Laie neigt gern zu dem Glauben, daß die von der Sonne ausgestrahlte Energie im wesentlichen auf Hitze beruht, aber sie erreicht unsre Erde keineswegs in dieser Form. Die Sonnenkraft verwandelt sich erst in Hitze, wenn sie auf Gegenstände stößt, deren Temperatur erhöht werden kann. Viel richtiger wäre es, sie Elektrizität zu nennen. Nach den neuesten Forschungen bemißt man die Hitze der Sonne auf etwa 6000 Grad Fahrenheit. Bei dieser Hitze ergibt sich auf Grund der genauesten Berechnungen, daß jeder Quadratzentimeter der Sonnenoberfläche eine Energie von etwa 15 000 Pferdekräften in den Weltraum entsendet.

Gemeinnütziges.

o **Petroleumlampen brennen heller**, wenn man in das Basin einige Naphthakugeln oder „Kuhner hineinlegt.

o **Alte Bügeleisen** macht man mit einer Mischung von Salz und Bienenwachs wieder glatt.

„Gib her," schrie Tillotson wütend.

Johnstone hielt ihm den Brief hin, zog ihn aber gleich wieder zurück, um ihn nochmals sorgfältig zu beschnuppern und zu betrachten. „Pottausend!"

„Joe, ich bin nicht in der Stimmung, mich ärgern zu lassen. Gib ihn mir her. Ich bin so nervös heut, daß . . ."

„Na, da ist er ja schon. Und möge er dir gute Nachrichten bringen . . . Jawohl, Brummbär, du."

Tillotson hatte die Handschrift Miß Livingstones noch niemals gesehen, trotzdem sagte ihm sein Herz, daß er von niemand andern sein könne, als nur von ihr, und er riß das Kuvert sofort auf.

„Miß Livingstone will mich auf das dringendste sprechen," sagte er. „Sieh her!"

Und er gab ihm den Brief. Joe grinste ein klein bißchen beim Überfliegen der Zeilen; denn der Brief lautete ihm sehr bekannt:

„Miß Livingstone ist ein unerwartetes Unglück widerfahren. Sie braucht den Rat eines Freundes und glaubt auf Herrn Tillotson rechnen zu können. Sie bittet ihn, sofort zu ihr zu kommen. Sie wird den ganzen Morgen zu Hause bleiben und ihn erwarten. Er hat sie seinerzeit seiner Freundschaft und seines Beistandes versichert, und sie rechnet auf ihn."

„Ich gehe sofort," rief er aus.

„Ich würde an deiner Stelle erst frühstücken. So ohne Frühstück geht man an so etwas nicht," meinte Johnstone, der für praktische Dinge einen trefflichen Blick hatte.

* * *

An jenem Tage gab es im Livingstoneschen Hause keine American Beauty's mehr. Tillotson hatte für die Rosen offenbar nicht das Geld. Aber auch die Schachtel mit Veilchen war nicht gekommen. Miß Livingstone mußte sich daher mit drei Nelken begnügen, und auch die kamen zum letztenmal. In einem begleitenden Briefe teilte ihr nämlich der ehrenwerte Herr Reginald seine Abfahrt nach England mit, die er soeben schon angeordnet hatte. Von Mr. Cutter hörte sie nichts. Tatsächlich brachte ihn nur das Fehlen der Veilchen bei ihr in Erinnerung. Hätte sie aber die Morgenblätter gelesen, so hätte sie die Nachricht von seinem Bankrott und seinem Selbstmord gelesen. Er hatte sich für Tillotsons Revolver einige Patronen verschafft und sich noch in der Nacht eine Kugel durchs Hirn geschossen. Der große Corner hatte also Tillotson ruiniert, Johnstones Vermögen verschlungen, Bertie Livingstone um seine Ehre gebracht und Cutter zum Selbstmord getrieben. Und Hunderte andrer Leute hatten auch schwer unter dem Corner gelitten.

Wenn nun Miß Livingstone an diesem Morgen nicht so viel Blumen hatte, wie sonst, so glich dafür sie selbst einer Blume. Liebe und Hoffnung hatten ihr den vollen Schimmer der Jugend zurückgegeben, und sie sah so mädchenhaft glücklich aus wie nur je. Und auch ihr Herz pochte wie das eines jungen Mädchens, dem sein erstes Rendezvous mit dem Auserwählten seines Herzens bevorsteht. Mister Tillotson aber merkte von dem allem nichts, als sie in der Bibliothek vor ihn hintrat. Er machte nur eine tiefe Verbeugung und sagte: „Sie haben nach mir geschickt, Miß Livingstone, drum bin ich gekommen."

Er war tadellos wie immer gekleidet und der Schmerz hatte einen wunderbaren Zug in sein männlich schönes Gesicht neu hinzugebracht. Er hatte etwas von seiner Zuversichtlichkeit verloren, aber in andrer Hinsicht wieder gewonnen. Er hatte sich mehr in seiner Gewalt. Sprach gewählter als sonst und hatte offenbar in den zwei Monaten vieles gelernt, worüber sie natürlich erstaunt war.

„Mister Tillotson," begann sie, dann zögerte sie . . .

„Sie schrieben, es sei Ihnen ein Unglück zugestoßen und wünschten meinen Rat," sagte Mr. Tillotson so förmlich und gemessen wie möglich, obgleich sie merkte, daß seine Hand wie Espenlaub zitterte. „Ich fürchte leider, daß ich Ihnen nur von geringem Nutzen sein werde; trotzdem stehe ich natürlich ganz zu Ihrer Verfügung."

„Ich weiß das . . ." und wieder zögerte sie und wieder wandte sie sich von ihm weg. „Wissen Sie, was heute für ein Tag ist, Mr. Tillotson?" fragte sie plötzlich.

„Jawohl, Miß Livingstone," entgegnete er. „Der erste Januar," und er mußte sich auf die Lippen beißen, wollte er den Schmerz nicht zeigen, den ihm das Erinnertwerden an den Tag bereitete, dem er unter gewissen Hoffnungen entgegengesehen hatte.

„Ganz recht," sagte sie. „Und Sie wissen, daß Sie . . . daß Sie sich an diesem Tage . . . eine Antwort von mir holen wollten."

„Das ist vorbei, Miß Livingstone," sagte er fest. „Ich hatte mir eine Aufgabe gestellt und konnte mein Ziel nicht erreichen."

„Was für eine Aufgabe war das?"

„Der Kaffee-Corner. Sie wissen ja wohl."

„O, der Kaffee-Corner," machte sie mit der unschuldigsten Miene von der Welt.

„Wußten Sie gar nichts davon?" fragte er und sah zu ihr auf.

„Ja, aber . . ."

„O, das tut nichts. Die Sache schlug fehl. Das ist alles. Anstatt der zehn Millionen, die ich den Ihren gegenüberzustellen hoffte, habe ich gar nichts. Ich kann Ihnen daher auch gar nichts bieten. Es bleibt mir also nichts andres übrig, als Gott dankbar zu sein, daß ich Sie kennen gelernt habe, Ihnen Glück für Ihr ferneres Leben zu wünschen und zu gehen."

„Sie vergessen, Herr Tillotson, daß ich Ihres Beistandes bedarf."

„Ich werde glücklich sein, Ihnen helfen zu können, wenn Sie mich des Vertrauens für würdig halten, mir Ihr Unglück zu nennen. Meine Gefühle für Sie . . ."

„Haben sich doch nicht geändert, Herr Tillotson?"

„Ja, sie sind andre geworden."

„Was?" rief Miß Livingstone aus und sah ihm wie erschreckt in die Augen.

„Es hat nichts auf sich," sagte er, „wenn Sie's erfahren. Ich habe Sie früher geliebt. Jetzt bete ich Sie an. Das ist das einzige, was sich verändert hat."

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219110322-14/fragment/page=0003

Vermischtes.

Frankenhausen, 20. März. (Ing. Grade's Aeroplanflug.) Den Bemühungen des hiesigen Polytechnischen Instituts und besonders des von ihm ins Leben gerufenen Vereins für Flugtechnik „Ikaros" war es zu danken, daß der bekannte Flieger Ingenieur Grade auch in unserem Tal gestern einen Schauflug unternahm. Allerdings wurden die hochgespannten Erwartungen auf ein recht kleines und bescheidenes Maß herabgemindert, namentlich mußte der leider mit nur allzu tönendem Lärm angekündete Rundflug um das Kyffhäuser-Denkmal wegen der überaus ungünstigen und gefährlichen Windverhältnisse gänzlich unterbleiben. — In zahlreichen Automobilen, aus überfüllten Eisenbahnzügen war eine vieltausendköpfige Menschenmenge auf dem Berg am Waldschlößchen zusammengeströmt. In der frischkalten Märzenluft, die hier oben am Bergeshang schon mit kräftiger Brise wehte, harrten die Tausende frierend und hungernd stundenlang, da der Start statt um 2 Uhr erst auf die dem Fliegen meist günstigeren Abendstunden verlegt wurde. Die Windverhältnisse wurden jedoch eher böiger, sodaß sich Herr Grade nur auf Drängen des Publikums entschloß, den Flug zu wagen. Gegen 5 Uhr wurde der Aeroplan, ein sehr kleiner und einfacher Eindecker, aus dem Schuppen geholt. Der Apparat ist nur 10 m breit und 7 m tief, er besitzt 22 qm Tragfläche und wiegt mit seinem 24 PS Motor nur 120 kg. Ein Zweiflügelpropeller treibt die Maschine vorwärts. Gedacht war, daß der Flieger zunächst einen Rundflug über das Tal zurück nach dem Startplatz ausführen sollte. Nach Ankurbeln des Motors setzte sich der Apparat in Bewegung; zunächst auf Rädern anlaufend, erhebt sich der Aeroplan durch Anwendung des Höhensteuers in rasendem Lauf von der Erde und steuert in den Aether hinein. Einer Libelle ähnlich, die ruhig und sicher dahin schwebt, fliegt der kühne Pilot über das Tal hinweg. Das Surren der Propeller wird leiser und schwächer; in etwa 5 km Entfernung sucht der Aeroplan eine Kurve zu beschreiben, da drückt ihn eine Windböe mit einem Male zirka 40 bis 50 Meter herab, auf einem Acker sieht man den Apparat niedergehen. Eine große Erregung bemächtigt sich des Publikums, das schon an einen Unfall glaubt. Nach etwa einstündigem, langen Warten hat man die erste Nachricht: Herr Ing. Grade kommt heil und munder selbst im Automobil zum Startplatz zurück; da der Apparat einige kleine Beschädigungen erlitten, ist an einen nochmaligen Aufflug natürlich nicht zu denken. — Man wird bei Flugveranstaltungen nie recht auf seine Kosten kommen, diese Lehre ist auch aus dem hier veranstalteten Schaufluge zu ziehen. Programmrecht verlaufen sie wenigstens niemals. Das Fliegen ist heute noch nicht mehr als ein recht tollkühnes Experimentieren, bewundern muß man den Mut, die Verachtung aller Lebensgefahr, die ein Flieger zeigt, der sich solch schwankendem Schifflein im Aetherraum anvertraut. Und danken wollen wir Herrn Ing. Grade, daß er mit eigener Lebensgefahr die Schaulust der Menge trotz ungünstigster Verhältnisse doch zu befriedigen suchte.

Kirchliche Nachrichten.

Mittwoch, den 22. März, Abends 1/2 8 Uhr, 4. Passionsgottesdienst.

Es predigt Herr Diakonus Beisert.

Beim Ausgang werden Gaben für die Beleuchtung der Kirche gesammelt.

Bekanntmachung.

Der Dr. med. **Falke** wird vom 1. April 1911 ab als Bezirksarzt der Kreiskrankenversicherung und für die landwirtschaftliche Unfallversicherung angestellt. Derselbe nimmt seinen Wohnsitz in Nebra; sein Bezirk besteht aus den Gemeinden Gölbitz, Liedersteht, Pretitz, Reinsdorf, Weißenschirmbach, sowie aus den Gutsbezirken Reinsdorf, Bitzenburg, Weißenschirmbach und Zingst.

Dem bisherigen Bezirke des Dr. med. **Schmiedehausen** in Nebra werden vom 1. April 1911 ab die Gemeinden Calzendorf, Jüdendorf und Steigra zugelegt.

Die Herren Orts- und Gutsvorsteher werden ersucht, die Arbeitgeber und die Versicherten auf die Aenderungen besonders hinzuweisen.

Querfurt, den 13. März 1911.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Königliche Landrat.
von Helldorff.

Wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Nebra, den 17. März 1911.

Der Magistrat.
Pröschold.

Bekanntmachung.

Sonnabend, den 25. März d. Js., nachmittags 4 Uhr,
soll **am Obertor** das Holz von einem durch Sturm entwurzelten Baume meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden.

Im Anschluß hieran findet um **5 Uhr auf dem Katzel** Verstrich des aus der dortigen Kirschanlage gewonnenen Holzes unter gleichen Bedingungen statt.

Nebra, den 18. März 1911.

Der Magistrat.
Pröschold.

Bekanntmachung.

Bei uns ist eine **Nachtwächterstelle** im Nebenamt **alsbald** zu besetzen.

Die Annahme erfolgt gegen Kündigung. An Vergütung zahlen wir jährlich 500 Mk.; außerdem wird freie Wohnung und Gartennutzung gewährt.

Unbescholtene, rüstige Reflektanten wollen sich bis Ende dieses Monats schriftlich bei uns melden.

Dem Gesuch ist selbstgeschriebener Lebenslauf beizufügen.

Die sonstigen Bedingungen für das Amt können hier erfragt werden.

Nebra, den 16. März 1911.

Der Magistrat.
Pröschold.

Bekanntmachung.

Der **Flurhüterposten** soll neu vergeben werden.

Der Flurdienst ist vorbehaltlich etwaiger späterer Aenderung vom 15. Mai bis 15. November auszuüben. Die Entschädigung beträgt pro Tag 2 Mark.

Zuverlässige, unbescholtene Bewerber wollen sich bis Ende dieses Monats schriftlich an uns wenden, auch kann auf unserm Büro die Instruktion eingesehen werden.

Nebra, den 16. März 1911.

Der Magistrat.
Pröschold.

Bekanntmachung.

Als zugelaufen wurde hier ein **Hund**, Fox-Terrier, gemeldet.

Der Eigentümer wird hierdurch aufgefordert, sich schleunigst bei uns zu melden, und sein Eigentumsrecht nachzuweisen.

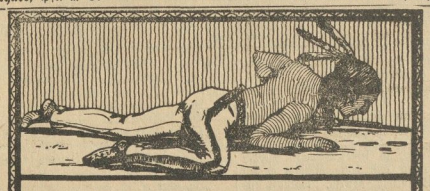
Nebra, den 18. März 1911.

Die Polizei-Verwaltung.
Pröschold.

Familienschule Rossleben.

Anmeldungen für das am Donnerstag, den 20. April beginnende neue Schuljahr werden baldigst erbeten. Es werden Knaben und Mädchen jeden Jahrgangs aufgenommen. In den Klassen Sexta und Quinta befindet sich eine Gymnasial- und Realschulabteilung. Zu näherer Auskunft sind die Unterzeichneten zu jeder Zeit gern bereit.

Heyner, Pfr. a. D. Oberlehrer Dr. **Rosenthal**.



Auf falscher Fährte

sind Sie, wenn Sie glauben, ein Malzkaffee sei wie der andere.

Zwischen dem seit 20 Jahren bewährten Kathreiners Malzkaffee und den vielen Nachahmungen oder gar „lose ausgewogenem" Malzkaffee ist ein Unterschied wie Tag und Nacht! Kathreiners Malzkaffee, dessen Verbreitung von Jahr zu Jahr zunimmt, ist der wohlschmeckendste und preiswürdigste Malzkaffee. Er kommt nie lose ausgewogen zum Verkauf, sondern nur in geschlossenen Paketen mit Bild des Pfarrer Kneipp.

Der Gehalt macht's!

Bekanntmachung.

Der Dr. med. **Falke** wird vom 1. April 1911 ab als Bezirksarzt der Kreiskrankenversicherung und für die landwirtschaftliche Unfallversicherung angestellt. Derselbe nimmt seinen Wohnsitz in Nebra; sein Bezirk besteht aus den Gemeinden Gölbitz, Liedersteht, Pretitz, Reinsdorf, Weißenschirmbach, sowie aus den Gutsbezirken Reinsdorf, Bitzenburg, Weißenschirmbach und Zingst.

Dem bisherigen Bezirke des Dr. med. **Schmiedehausen** in Nebra werden vom 1. April 1911 ab die Gemeinden Calzendorf, Jüdendorf und Steigra zugelegt.

Die Herren Orts- und Gutsvorsteher werden ersucht, die Arbeitgeber und die Versicherten auf die Aenderungen besonders hinzuweisen.

Querfurt, den 13. März 1911.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Königliche Landrat.
von Helldorff.

Wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Nebra, den 17. März 1911.

Der Magistrat.
Pröschold.

Ich habe die Praxis des Herrn Dr. med. Ohly hier übernommen. Sprechstunde wie bisher 8—10 Uhr Vormittags. Telephon Nr. 22.

Nebra. Dr. med. **Walther Falke.**

5 Kuxen
vom Salzbergwerk Gew. Orlas zu kaufen gesucht. Schriftl. Offerten an die Expedition d. Bl. unter Nr. B. O.

Zum 1. April ein zuverlässiges
sauberes Mädchen
gesucht. Zu melden 8—10 Uhr Vormittags.
Nebra. **Dr. med. Falke.**

Wohnung ist per April oder 1. Juli zu vermieten.
W. Gutsmuths.

(Verspätet.)

Heute nachmittag 3 1/2 Uhr entschlief sanft nach kurzem Leiden unser lieber Vater, Schwiegervater, Grossvater und Bruder,

der Schiffsbaumeister

Carl Wolff

im Alter von 78 Jahren.

Dies zeigen mit der Bitte um stilles Beileid im tiefsten Schmerz an

Nebra, Leipzig, den 18. März 1911.

die trauernden Hinterbliebenen.

Nachruf.

~~Am 18. d. Mts. verschied plötzlich und unerwartet~~

Herr Stadtältester Carl Wolff.

Der Verstorbene gehörte der Stadtverordnetenversammlung von 1870 bis 1878 an, wo er dann aus dem Kollegium ausschied, um das Amt eines Magistrats-Mitgliedes zu übernehmen.

Dieses bekleidete er — darunter als Beigeordneter seit 1884 — bis zum Jahre 1896.

Infolge seiner hohen Verdienste um unsere Gemeinde wurde ihm bei seinem Scheiden aus städtischen Diensten durch einstimmigen Beschluss der Vertretungen das Prädikat „Stadtältester" verliehen.

Mit seltener Treue und Umsicht hat er seines Amtes gewaltet, und war stets gern bereit, mit seinen reichen Erfahrungen und seinem praktischen Sinn zu dienen.

Wir werden dem bis an sein Ende unermüdlich tätigen Heimgegangenen ein dauerndes Andenken bewahren.

Nebra, am 20. März 1911.

Magistrat und Stadtverordnete.

Nachruf.

Es hat Gott getallen, unser langjähriges Mitglied,

Herrn Schiffsbaumeister **Carl Wolff**

am 18. d. Mts. abzurufen.

37 Jahre hat der Verstorbene dem Gemeindekirchenrat angehört. Mit gewissenhafter Treue hat er stets seines Amts gewartet und mit seinem verständigen Rat und seiner reichen Erfahrung der Gemeinde gedient.

Das sichert ihm ein ehrenvolles bleibendes Andenken in unserer Mitte.

Der Gemeindekirchenrat.
Schwieger.

Heute früh 5 Uhr verstarb nach langem Leiden unsere gute Mutter, Schwieger- und Grossmutter, Frau

Emilie Röllig

geb. **Friedland**,

im 65. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten

Berlin, Nebra, Halle, Zeulenroda.

die trauernden Hinterbliebenen.

Berlin, den 21. März 1911.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis unseres lieben Bruders, Schwagers, Onkels und Großonkels,

des Kürschnermeisters **Otto Maess**,

die uns nach einem so schweren Schlage ein Trost waren, sagen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank. Insbesondere danken wir allen, die unseren teuren Dahingeschiedenen die letzte Ehre erwiesen, und für den überaus reichen Blumenschmuck von nah und fern. Dank auch dem hiesigen Männergesangverein für sein ehrenvolles Geleit zur letzten Ruhestätte. Dies alles hat unseren Herzen wohlgetan.

Nebra, Berlin, Frankfurt a. M.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Anna Maess,
Familien **Grob** und **Folkerts.**

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Karl Stiebitz in Nebra.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219110322-14/fragment/page=0004

Hebraer Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Erscheint
Mittwoch und Sonnabend.
Abonnementspreis
vierteljährlich 1,05 Mk. pränumerando, durch die Post oder andere Boten 1,20 Mk., durch die Briefträger frei ins Haus 1,45 Mk.

Gratisbeilagen:
Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirtschaftliche Beilage.

Insertionspreis
für die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., bei Privatanzeigen 10 Pfg. Reklamen pro Zeile 20 Pfg.
Inserate
werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

Amtliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Hebra a. A.

Nr. 23. | Hebra, Mittwoch, den 22. März 1911. | 24. Jahrgang.

Die Schiedsgerichtsidee.

Auf einem Festmahl, das die internationale Schiedsgerichtsliga in London veranstaltete, hielt der Staatssekretär des Äußeren, Grey, der kürzlich im Parlament lebhaft für die Erweiterung der Schiedsgerichtsbarkeit eingetreten ist, eine Rede, in der er etwa folgendes ausführte: „Ich bemerke, daß einige Worte, die ich neulich geäußert habe, so ausgelegt worden sind, als ob ich behauptet hätte, daß ein allgemeiner Schiedsgerichtsvertrag zwischen zwei großen Nationen gleichbedeutend mit einem

Verteidigungsbündnis

zwischen ihnen sei. Wenn ein allgemeiner Schiedsgerichtsvertrag zwischen zwei großen Nationen abgeschlossen und feste Wurzeln in dem Empfinden der Bevölkerung beider Länder schlagen würde, dann aber eines von beiden im Laufe der Zeit infolge eines Streites mit einer dritten Macht angegriffen werden sollte, in welchem Streite dieser dritten Macht eine schiedsgerichtliche Entscheidung vorgeschlagen und von ihr abgelehnt worden wäre, so würde meiner Ansicht nach sicherlich eine starke Sympathie zwischen den beiden Mächten bestehen, die den allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag miteinander abgeschlossen haben. Aber das ist eine Angelegenheit, die von der

öffentlichen Meinung

abhängt. Die Bedingung oder Bestimmung eines Defensivbündnisses aber in einen Schiedsgerichtsvertrag einfügen, hieße seine Aussichten hier und anderswo verschlechtern. Es könnte sogar andre Länder zu der Annahme verleiten, daß der Vertrag zwischen den beiden Mächten gegen eine oder mehrere der andern Mächte gerichtet sei. Das würde seine Wirkung auf eine Verminderung der allgemeinen Rüstungen vollständig vernichten. Wenn ein Schiedsgerichtsvertrag zwischen großen Ländern geschlossen wird nach den Grundlinien, wie sie der Präsident der Ver. Staaten als möglich entworfen, so lassen Sie ihn von den beiden beteiligten Mächten ohne Hintergedanken abschließen, aber lassen Sie die Mächte

keine engen Grenzen

setzen für ihre Hoffnung auf die wohltätigen Folgen, die sich aus dem Vertrage im Laufe der Zeit ergeben können. Folgen, die sich, wie ich denke, weit über die beiden ursprünglich in Betracht kommenden Länder hinaus ausdehnen müssen. Die Wirkung des gesetzten Beispiels auf die ganze Welt würde unbedingt wohltätige Folgen haben müssen. Ein gutes Beispiel zu setzen, heißt hoffen, daß andre ihm folgen werden, und wenn andre Großmächte folgen, so wird es schließlich etwas wie eine Friedensliga geben. Diese Dinge müssen sich jedoch ihren Weg durch ihr eignes Gewicht bahnen. Ich möchte aber die Idee des Präsidenten Taft, nicht beschweren durch zu vieles Gefühlen darüber, was alles aus ihr entstehen könnte." Zum Schluß äußerte sich der Minister zu der sogenannten

Londoner Deklaration

(der Erklärung Englands, daß es grundsätzlich bereit sei, eine Beschränkung seiner Rüstungen vorzunehmen). Er bestritt, daß diese in England viel angefeindete Erklärung in Deutschland gemacht sei. Deutschland sei nicht besonders an ihr interessiert. Alle Länder wünschten aber in gleicher Weise, sie zu unterzeichnen. Wenn die englischen Parlamente ihr nicht zustimmen sollten, so würde das für die andern Vertragsmächte, die sie als einen entschiedenen Schritt nach vorwärts betrachteten, eine große Enttäuschung sein. — Auch diese Worte des englischen Ministers zeigen wieder, daß man in London ernstlich gewillt ist, Verhandlungen über die Rüstungsbeschränkungen unter den Mächten anzubahnen.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag setzte am Freitag die Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern fort. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Präsident Graf Schwerin der vor 50 Jahren erfolgten Einigung Italiens. Das deutsche Volk werde an diesem Tage lebhaften Anteil nehmen. (Beifall. Die Abgeordneten erhoben sich von ihren Plätzen.) — Das Haus setzte sodann die Beratung des Titels „Allgemeine Fonds" fort. Abg. Senering (soz.) widersprach der Gewährung eines Beitrages an den Verband für Arbeitsnachweise. Abg. Giesberts (Ztr.) bedauerte die Ausbreitung dieser Arbeitgebernachweise. Abg. Heck (soz.) forderte die Errichtung eines Reichsschulmuseums. — Beim Kapitel „Schiffsvermessungsamt" forderte Abg. Metzger (soz.) staatliche Kontrolle der Seetüchtigkeit der Schiffe an Stelle der privaten. Bei der Firma Sloman seien veraltete Schiffe in Dienst gestellt worden und untergegangen. Ministerialdirektor v. Jonquières erklärte, daß Seeunfälle sich nicht verhindern ließen und protestierte gegen die die Ehre der Kauffahrteischiffahrt herabsetzenden Ausführungen des Vorredners. Beim Kapitel „Statistisches Amt" wurde nach kurzer Debatte die Weiterberatung vertagt. Der Präsident teilte am Schluß der Sitzung mit, daß ein Dankestelegramm des Präsidenten der italienischen Deputiertenkammer eingegangen sei.

Am 18. d. Mts. wird die Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern beim Kapitel „Gesundheitsamt" fortgesetzt. Eine Resolution der Budgetkommission wünscht Förderung der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche. Resolutionen des Zentrums fordern Gebührenfreiheit und Übernahme der Untersuchungskosten durch die Bundesstaaten bei der Fleischbeschau, ferner Entschädigungspflicht des Staates bei Viehverlusten durch Maul- und Klauenseuche.

Abg. Kanmer (Zentr.): Diese (letztere) Resolution liegt besonders im Interesse der bayrischen Viehbesitzer und der Volksernährung. Ich bitte um Annahme unserer Wünsche.

Abg. Graf Kanitz (kons.): Auch wir stimmen der Resolution zu. Die ostdeutsche Landwirtschaft wird durch die Seuche, die aus Rußland und Österreich eingeschleppt wird, schwer geschädigt. Die Entschädigung aus dem Provinzialfonds, wie sie das preußische Abgeordnetenhaus beschlossen hat, genügt nicht. Sie soll nur dann gegeben werden, wenn die Existenz des Viehbesitzers in Frage steht. Natürlich darf der Schaden nicht voll ersetzt werden, da sonst die Aufmerksamkeit des Besitzers nachläßt. Aber wenn keine Entschädigung erfolgt, dann ist die Gefahr der Verheimlichung der Seuche sehr groß.

Abg. Zietsch (soz.): Es ist bezeichnend, daß sich zur Bekämpfung der gefährlichen Seuche, der Tuberkulose, im Etat des Reiches keine erheblichen Mittel vorfinden, sondern nur ein Fond von 100 000 Mk. Die Vorbeugung der Krankheit ist die Hauptsache, und die ist Sache des Reiches. Den Gewerbeinspektoren ist ein Wink gegeben worden, sich nicht in die sanitären Verhältnisse der Betriebe zu mischen. Jedenfalls kann mehr getan werden.

Staatssekretär Delbrück: Ein solcher „Wink" ist nicht gegeben worden. Die Seuchenbekämpfung ist Sache der Einzelstaaten. Das Reich hat nur die wissenschaftliche Prüfung zu fördern. Wir sind so weit, daß wir die

Ursache der Tuberkulose

kennen und über die Mittel, mit denen man ihr entgegentreten kann, vollständig im klaren sind. Im Jahrfünft von 1903—1907 ist die Zahl der Todesfälle an Tuberkulose im Durchschnitt des Deutschen Reiches von 214 auf je 100 000 Einwohner auf 184 konstant zurückgegangen. Diese Tendenz ist auch seitdem bisher geblieben. Wenn wir auf irgendeinem Gebiete mit Befriedigung auf das zurückblicken können, was wir hygienisch in den letzten zwei Jahrzehnten geleistet haben, so ist es zweifellos das Gebiet der Tuberkulose.

Abg. Neuner (nat.-lib.): Auch wir sind der Meinung, daß alles zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter in gefährlichen Betrieben geschehen muß. Wie steht es mit der gesetzlichen

Regelung des Apothekenwesens?

Staatssekretär Delbrück: Ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß es richtig ist, den verbündeten Regierungen zu empfehlen, auf ein Reichsapothekengesetz zu verzichten. Ich hoffe, daß nunmehr die Landesregierungen in der Lage sein werden, den besonderen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Hinsichtlich der

Maul- und Klauenseuche

ist es Sache des Reichsgesundheitsamts, den Gang der Seuche zu erkennen, im einzelnen aber liegt die Bekämpfung der Seuche in den Händen der Bundesstaaten. Beim besten Willen bin ich nicht in der Lage, zu der vorliegenden Resolution Stellung zu nehmen. Sie entfernt sich weit von dem Grundsatz, über den man sich bei der Verabschiedung des Viehseuchengesetzes geeinigt hatte. Ein Gesetzentwurf über die Faulbrut der Bienen ist ausgearbeitet und unterliegt zurzeit der Verhandlung mit dem preußischen Ressort.

Abg. Mugdan (fortschr. Vp.): Die Ablehnung eines Reichsapothekengesetzes ist um so bedauerlicher, weil ich nicht glaube, daß die Einzelstaaten so rasch vorgehen werden. Ich weise noch darauf hin, daß eine große Fleischnot, wie sie noch nie da war, für die nächsten Jahre in Aussicht steht. Die Regierung sollte beizeiten ihre Maßnahmen treffen!

Staatssekretär Delbrück: Herr Mugdan hat sich darüber beklagt, daß das Apothekengesetz nicht komme. Wir hätten gut, zunächst das zahlreiche vorhandene Material aufzuarbeiten, statt nach neuen Vorlagen zu verlangen.

Abg. Gäbler (wirtsch. Vgg.) begründet die Resolution seiner Partei um baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfes zum Schutze der Bienenzucht gegen Faulbrut.

Abg. Rösicke (kons.): Schon im vorigen Jahre wollte man mit der Frage der Grenzöffnung, ohne sich ihrer großen Nachteile bewußt zu sein. Einzelne Bundesstaaten gaben sogar nach und ließen französisches Vieh ins Land. Dabei kann man nie sicher sein, ob nicht im Auslande Maul- und Klauenseuche herrscht. Angeblich soll Frankreich seuchenfrei sein. Dabei meldet heute das „Berliner Tageblatt" aus Dresden, daß die Einfuhr französischen Viehes verboten ist, weil dort die Maul- und Klauenseuche herrscht. Jede Grenzerleichterung ist eine große Gefahr! Durch die Einfuhr fremden Viehes sind die Preise nicht gesunken. Wir fordern den Reichskanzler dringend auf, die ganze Frage sehr sorgfältig zu erwägen und sich nicht einzulassen auf das Geschrei der Presse, auf die Resolutionen von Versammlungen.

Staatssekretär Delbrück: Die Durchführung des Viehseuchengesetzes liegt in der Hand der Landesregierungen. Der Reichskanzler kann in der Ausübung seines Aufsichtsrechtes nur so weit gehen, als er Forderungen nur mit einer veterinärpolizeilichen Begründung stellen kann. Allgemeine Zweckmäßigkeitsgründe reichen nicht aus. Was die gegenwärtige Seuche anlangt, so hat die eingehend geführte Untersuchung jeden Anhalt dafür vermissen lassen, daß die Seuche aus dem Auslande eingeschleppt sei. Das Gutachten der Sachverständigen geht nun dahin, daß diese Seuche entstanden ist durch Bazillen, die die Tiere seit der letzten längst erloschenen Seuche mit sich herumgetragen haben und die jetzt zum Ausbruch gekommen sind. Diese letzte Seuche ist nach meinen Informationen aus Rußland eingeschleppt worden, also aus dem Lande, gegenüber dem die strengsten Sperrvorschriften bestehen, die mit aller Gründlichkeit gehandhabt werden. Ich bin bereit, eine Konferenz einzuberufen. Aber ich weise darauf hin, daß Preußen und Anhalt bereits Anordnungen erlassen haben, die alles das bestimmen, was Dr. Mösicke will. Warten wir doch erst einmal ab, was hierbei herauskommt. Die Tötung verseuchter Tiere und die Entschädigung der davon betroffenen Landwirte erfolgt schon heute.

Abg. Graf Oppersdorff (Zentr.): Die Erfahrungen der Schulärzte sollten wissenschaftlich verwertet werden. Die Schutzimpfung des Viehes sollte allgemein durchgeführt werden.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Hallbauer: Die sozialdemokratische Behauptung, daß die sächsische Regierung die Mitwirkung der Gewerkschaften an der Heimarbeitsausstellung abgelehnt habe, muß ich ganz entschieden zurückweisen. Sie hat im Gegenteil eine objektive Ausstellung gewünscht.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Die Resolutionen von Reichsgesundheitsamt werden angenommen.

Auf Antrag des Abg. Dove (fortschr. Vp.) geht die Patentnovelle an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Bei dem Kapitel „Reichsversicherungsamt" will der Präsident auch die Gesetzentwürfe über den Hinterbliebenen-Fonds und Reichsinvalidenfonds zur Beratung stellen.

Die Abgg. Mugdan (Vp.) und Vogt (soz.) widersprechen, und als der Präsident das Haus befragen will, zweifelt Abg. Hoch die Beschlußfähigkeit an. Es sind nur 50 Mitglieder im Hause.

Das Haus vertagt sich.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Wie jetzt feststeht, wird das Kaiserpaar am 24. d. Mts. zum Besuche Kaiser Franz Josephs in Wien eintreffen. Von dort begibt sich das Kaiserpaar nach Venedig, wo auch Prinz Eitel Friedrich eintreffen wird.

Italiens zum Ausdruck zu bringen.

* In der Reichstagskommission für Elsaß-Lothringen wurde das Zweikammersystem angenommen, eine Beschränkung des Budgetrechts dagegen abgelehnt.

* Im Reichsjustizamt hat eine Beratung mit Sachverständigen über die Haftpflicht der Eisenbahnen stattgefunden, bei der es sich namentlich um die Ausdehnung der reichsgesetzlichen Regelung auf die Haftpflicht für Sachbeschädigungen und um die besonderen Verhältnisse der Straßenbahnen handelte. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, waren die Sachverständigen grundsätzlich mit den vom Reichsjustizamt gemachten Vorschlägen einverstanden und erklärten, auf weitgehende Wünsche im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes verzichten zu wollen.

* Der preußischen Abgeordnetenhause ist ein Gesetzentwurf über den Erwerb von Fischereiberechtigungen durch den Staat zugegangen. Danach können die Fischereiberechtigungen selbständige Gerechtigkeiten ganz oder für Teile der Gewässer auf den Staat übertragen werden. Zu der Übertragung ist die Einigung der Fischereiberechtigten und des Staates über die Rechtsänderung und die Eintragung der Rechtsänderung im Grundbuch erforderlich. Etwaige Nebenrechte der Fischereiberechtigungen gehen mit diesen auf den Staat über.

* Bisher war angenommen worden, daß der Entwurf des preußischen Wasserstraßengesetzes dem Abgeordnetenhause noch in dieser Tagung vorgelegt werden würde, um ihn dann zur Vorbereitung einer Zwischenkommission nach Art derjenigen, die die Reichsversicherungsordnung vorberaten hat, zu überweisen. Nach dem Stande der Arbeiten an jenem Entwurfe erscheint es aber ausgeschlossen, daß er vor dem Monat Juni zur gesetzgeberischen Behandlung reif wird.

* Die bayrische Regierung hat bekanntlich im Bundesrate den Vorschlag gemacht, die Gestaltung des Hausierhandels von der Bedürfnisfrage abhängig zu machen. Eine Reihe von Landesverbänden hat daraufhin Eingaben an den Reichstag gerichtet, in denen gegen die Einführung eines solchen Bedürfnisnachweises Stellung genommen wird. Die Petitionskommission des Reichstages schlägt nunmehr vor, diese Petitionen dem Reichskanzler zu überweisen.

Österreich-Ungarn.

* Der Budgetausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses nahm nach stürmischen Zusammenstößen zwischen Tschechen und Deutschen den Voranschlag zum Etat des Ministeriums des Innern unverändert an. Ein Antrag, in dem die Regierung aufgefordert wird, mit der ungarischen Regierung über die Erzeugung von entschiedenen Maßregeln gegen die von der preußischen Regierung angeordnete Massenausweisung von österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen in Verhandlung zu treten, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Frankreich.

* Für die erste Aprilwoche werden in Paris Erklärungen des Ministers des Äußeren, Truppi, über die auswärtige Politik des Kabinetts Monis angekündigt. Man dürfe, wie in amtlichen Kreisen bemerkt wird, von diesen Mitteilungen nichts andres erwarten, als eine neue Bekräftigung der Grundsätze, durch die die Leitung der internationalen Angelegenheiten der Republik bisher bestimmt worden ist. Das Bündnis Frankreichs und seine Abkommen bleiben auch weiterhin so richtungsgebend, daß in keiner der unter diesem Gesichtspunkte zu beurteilenden Einzelfragen unter dem Walten des jetzigen Kabinetts eine andre Stellungnahme als unter dem früheren Ministerium vorauszusehen ist. Berichten, die man in Paris erhalten hat, ist mit Befriedigung entnommen worden, daß man überall im Auslande von der unveränderten Aufrechterhaltung des bisherigen Charakters der auswärtigen Politik der Republik überzeugt ist.

* In der Deputiertenkammer wies bei der Beratung des Kriegsbudgets und der Armeestärke der Berichterstatter auf das stete Sinken der Ziffer der Dienstpflichtigen hin. Von 420 000 Mann, die 1910 zur Dienstleistung herangezogen wurden, sandte man 13 000 heim. Diese Ziffer erwies sich noch allzu gering, weil der Prozentsatz der unterwertigen kaiserlichen Mannschaften auffallend hoch bleibt und die erneute Prüfung der jungen Soldaten nach sechsmonatiger Dienstzeit unvermeidlich macht. Die Heeresstärke für 1930 müßte, falls sich die Verhältnisse der Tauglichkeit nicht bessern, unter 190 000 Mann sinken. Der Berichterstatter erklärte zum Schluß, Frank-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219110322-14/fragment/page=0005